

DER COURIER
is the leading Canadian Paper in
the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
if paid in advance:—
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold = Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier“
ist die führende Zeitung für die
deutschsprachigen Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Gesamtpreis:
Im voraus bezahlt: \$2.00
für Ausland \$3.50

25. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 27. April 1932. 12 Seiten Nr. 25.

Ottawa-Regierung lehnt Arbeitslosen-Landsiedlung ab

Reparationskonferenz am 16. Juni.

Nach Vereinbarung zwischen den
europäischen Staatsmännern.

Genf. — Die Kantoner Schulden- und Reparationskonferenz, die ursprünglich auf letzten Januar festgesetzt war, tritt jetzt wahrscheinlich am 16. Juni zusammen, wobei der frühere Ministerpräsident Tamm von Belgien den Vorsitz führen wird. Soweit man weiß, wurde das Datum in Privatgesprächen zwischen den einzelnen Staatsmännern festgesetzt. Unter diesen Staatsmännern befanden sich Minister Brüning, MacDonald, Tardieu und Grandi. Auch fünf Staatssekretäre Stimson der Vereinigten Staaten an den Besprechungen teilgenommen haben.

Mißtrauen gegenüber dem Dollar.

Amsterdam. — Aus dem Wochenbericht der Bank der Niederlande ergibt sich, daß die Bank ihren Goldbestand im Ausland nach und nach heimtschafft. Es zeigt sich, daß der Goldbestand des Landes sich um 8,600,000 Gulden auf 900,569,000 Gulden erhöhte. Nach Ansicht der Autoritäten ist es angelehnt, daß der Goldbestand besser, das Gold im Lande zu haben. Die Zeitung „Handelsblad“ erklärte, die Goldrückstellungen ins Ausland seien hauptsächlich auf das Mißtrauen gegenüber dem Dollar zurückzuführen, da sich der größte Teil des Auslandsbestandes der Bank in Höhe von \$11,753,000 in den Vereinigten Staaten befindet.

Rücktritt McDonalds infolge Augenleidens?

London. — Der „Evening Standard“ behauptet in einem Artikel die Ansicht, daß Ministerpräsident MacDonald infolge seines Augenleidens vielleicht von seinem Amte zurücktreten muß. Die Zeitung behauptet, daß die Sache gefährlich zu sein scheint, da beide Augen angegriffen sind.

Irland läßt sich nicht einschüchtern

Eamon de Valera glaubt nicht an die Gefahr eines Wirtschaftskrieges mit England.

Dublin. — Das stärkste Argument, das die Briten anführen können, um die Irländer davon abzuhalten, den Treueid abzuschaffen, den Irlande mit dem britischen Reich eingegangen ist, wird, wie Eamon de Valera einem Vertreter der United Press heute mitgeteilt hat, die irische Republikaner nicht davon abhalten, auch weiterhin nach der vollen Unabhängigkeit zu streben.

Der erste Schritt in dem Programm de Valeras ist getan worden, indem das Parlament die Gesetzesvorlage, durch die der Treueid aus der irischen Verfassung entfernt werden soll, in erster Lesung angenommen hat.

„Unsere Entscheidung ist nach langer Überlegung und der Berücksichtigung aller möglichen Folgen gefallen“, erklärte der Präsident der Republik.

„Wir haben“, fuhr de Valera fort, „keinen Grund zu der Annahme, daß die Gefahr eines Wirtschaftskrieges besteht. Der irische Treueid ist bei weitem der beste Kunde Britanniens. Wir laufen mehr Waren von ihm, als es von uns. Im vergangenen Jahre war der Treueid mit der einen Ausnahme von Silberfrüchten ein einziger bedeutender Kunde Großbritanniens, mit dem dieses Land eine günstige Handelsbilanz aufzuweisen hatte. Die britischen Staatsmänner werden sich nicht so leicht abschließen, einen Schritt zu unternehmen, der eine ihrem Lande so vorteilhafte Handelsposition untergraben würde.“

Die Anschauung de Valeras wird nicht geteilt von den Anhängern der Gruppe um Cosgrave und den meisten britischen Beobachtern. Wenn

Minister Gordon verweigert Unterstützung des Winnipeg Projekts

Liberaler Abgeordneter erklärt, man könne die
Arbeitslosen nicht ertränken oder erschießen,
sondern müsse für sie sorgen.

Dr. J. P. Howden verweist auf die Ueberbürdung
der Städte, die durch die Arbeitslosenhilfe
zu schwer belastet seien.

Ottawa. — Eine von Winnipeg ausgehende Bewegung „Zurück zum Land!“, die darauf abzielt, die Städte und ländlichen Gemeinden durch eine Ansiedlung von Arbeitslosen auf dem Lande zu entlasten, findet nicht das nötige Wohlwollen und Entgegenkommen der konservativen R. A. Bennett-Regierung in Ottawa. Besonders wandte sie sich gegen den Vorschlag, die für ein solches Unternehmen aufzuwendenden Kosten als direkte Kostensubvention zu betrachten und 30 Prozent der Siedlungskosten zu tragen.

Der Einwanderungs- und Kolonisationsminister Beslen Gordon

beratingminister die Frage richtete, ob die Regierung in Ottawa nicht einen Teil der Kosten tragen könnte. Minister Gordon erteilte darauf eine glatte Abfuhr.

Der liberale Abgeordnete für St. Boniface, Man., Dr. J. P. Howden, wollte wissen, was die Dominionregierung mit den canadischen Arbeitslosen zu tun gedenke.

„Es besteht doch keine Aussicht, daß alle in nächster Zeit in der Industrie wieder unterkommen könnten. Alle Städte seien durch die Arbeitslosenhilfe schwer belastet. Einige Gemeinden könnten in Zukunft nicht ebenso wie in der Vergangenheit große Opfer dafür bringen. Viele Arbeitslosen seien bereit, auf die ländliche Scholle zurückzuführen, und seien gewillt, sich dort eine neue Existenz zu gründen, wenn die Regierung ihnen nur eine kleine Anfangshilfe gewähre. Die Stadt Winnipeg und die Provinzialregierung von Manitoba würden gerne die Bewegung „Zurück zum Land!“ unterstützen. Es handle sich dabei nicht um ein großes Umsiedlungsprojekt, sondern man wolle die Leute auf ganz ausgefallenen Farmen unterbringen, wo sie für sich die nötigen Lebensmittel bauen könnten. Er glaube, das könne gelingen, wenn die Dominionregierung nur dabei mitwirken wolle. Verträge für diesen Zweck, so habe man einen trüben Zukunft entgegen. Wir hätten nun einmal Arbeitslose. Folglich müsse das Problem gelöst werden. Man könne die Arbeitslosen doch nicht einfach zurückstoßen. Folglich müsse man sie ertränken oder erschießen, sondern müsse für sie sorgen.“

Minister Gordon rebete sich darauf hinaus, daß die Annahme einer solchen Politik nicht auf das ganze Land angewendet werden könne. Andere Provinzen seien gewillt, ähnliche Pläne auszuführen, so Quebec und Saskatchewan. Er könne dafür keine Verantwortung übernehmen.

Japan lehnt sich energisch gegen Völkerbund auf

Will Entscheidung des Völkerbunds komitees betr. Räumung des Schanghai-Gebiets nicht anerkennen.

Ranking. — China hat sich entschlossen, die von dem Völkerbunds komitee ausgearbeitete Entscheidung über Zurückziehung der Truppen aus dem Schanghai-Gebiet anzunehmen. Dr. W. W. Jen, der chinesische Vertreter beim Völkerbundrat, wurde dementsprechend unterrichtet.

Das Komitee nahm eine Resolution an, in der Japan erwidert wird, die Räumung des Schanghai-Gebiets so bald wie möglich zu vollziehen. Die Resolution gibt der gemeinsamen Kommission, die wegen eines Waffenstillstandes in Schanghai unterhandelt, volle Autorität, festzustellen, wann die Räumung vollzogen werden kann.

Tokio. — Aus zuverlässiger Quelle wurde berichtet, daß sich Japan mit der v. Völkerbunds komitee ausgearbeiteten Resolution über den chinesisch-japanischen Konflikt nicht einig erklären und gegen jede Vermittlung protestieren wird, die einem gemeinsamen Komitee erlaubt, den Tag der Zurücknahme der japanischen Truppen aus dem Schanghai-Gebiet festzusetzen.

Das japanische Kriegsamt sagte, 205,000,000 Yen als den Betrag der Nachtragsbewilligung seit der Regierung bei der Sonderungung des Landtages am 23. Mai zu fordern beabsichtigt. Die Bewilligung solle die Kosten der militärischen Operationen in der Mandchurei und Schanghai vom 1. Juni 1932 bis 31. März 1933 decken.

Kriegsminister Sadan Araki erklärte, japanische Verleumdungen bei einem Interview, daß es notwendig sein mag, weitere Truppen nach der Mandchurei zu senden, wenn die Verhandlungen der Mediation gegen die neue Herrschaft von Herrn Wu nicht verläuft.

Zur Lösung der canadischen Radiofrage.

Ottawa. — Der Vorsitzende der canadischen Radioliga Graham Spry legte dem Radio komitee des Parlaments einen Plan vor zur Gründung einer nationalen canadischen Rundfunk-Gesellschaft, die mit ihrem ersten Betrieb schon am 1. Juli beginnen sollte.

Zunächst handelt es sich um einen Parlamentsbeschluss zur Schaffung einer Kontrollzentrale, die mit bereits bestehenden Stationen zusammenarbeitet, dann um Einrichtung einer Rundfunkstation mit Hochkraft und Aneignung bereits bestehender Stationen. Provinzial- und Bundesbehörden sollen für die weitere Entwicklung des Betriebes Sorge tragen. Eine Betriebsgebühr von \$3.00 soll für Empfangsapparate berechnet werden.

Ergebnisse der öster- reichischen Wahlen.

Nationalsozialisten erzielen auch
hier große Gewinne.

Wien, 25. April. — Die Nationalsozialisten erzielten bei den österreichischen Landtagswahlen große Gewinne, sogar in Wien, obwohl die Sozialdemokraten und Christlichsozialen die Oberhand behielten. Die Großdeutsche Partei, welche die Außenpolitik des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Johann Schober so nachdrücklich unterstützt hat, ist fast ganz aufgerieben. Die Sozialdemokraten behaupten ihre beherrschende Stellung in Wien und die Christlichsozialen ihre Vorherrschaft in Salzburg und Niederösterreich. In Steiermark und Tiroler Vorarlberg hielten sich die Sozialdemokraten, erlitten die Großdeutschen beträchtliche Verluste und machten die Nationalsozialisten Fortschritte.

Suche nach dem Kinde Lindberghs noch im Gange.

Davenport, N. D. — Die Hoffnung auf Fortschritte in der Suche nach dem vermissten Sohn des Charles Lindberghs wurde wieder etwas erfrischt. Angeblich stach von Norfolk, Va., aus eine Seefahrt in die See, um mit Vertretern der Entführer in Verbindung zu treten.

Einigung der Großmächte gegen Frankreich

Die Amerikaner, Deutschen, Briten und Italiener bilden Einheitsfront auf Genfer Abbrühtungskonferenz.

Genf. — Die internationale Abbrühtungs-Konferenz hielt im Prinzip eine Einigung der vier Großmächte über die Abbrühtung der Mittelmeer-Verträge fest. Die Amerikaner, Deutschen, Briten und Italiener bilden Einheitsfront auf Genfer Abbrühtungskonferenz.

Die amerikanische Staatssekretär Stimson erklärte den amerikanischen Plan einer „quantitativen“ Senkung der Abbrühtung, der drei Punkte in sich greift:

1. Die erforderliche Streitmacht eines Landes für interne Polizeizwecke ist genau festzusetzen und zwar auf Grund der Prinzipien, die bei Entschaffung der Mittelmeer-Verträge in den Friedensverträgen nahegehandelt waren.
2. Maß festgesetzt werden, und zwar auf Grund der Eigenarten jedes Landes unter Einbeziehung etwaigen Kolonialbesitzes, welche Macht für seine Verteidigung erforderlich ist.
3. Diese beiden Punkte zusammen genommen würden in etwa die Stärke der Armeen ergeben, die einem Lande zugebilligt werden könnten.

Nationalsozialisten stärkste Partei in deutschen Ländern

Können aber nicht die Mehrheit in Preußen, Bayern und Hamburg
erringen, während in Anhalt und Württemberg die Möglich-
keit einer Rechtsregierung besteht.

Starke Verluste der Sozialdemokraten. — Verhältnismäßig geringe Gewinne der Kommunisten und unbedeutender Verlust des Zentrums.

Berlin, 24. April. — Der mit großer Spannung erwartete Ausgang der Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg hat ungefähr die Vorhergesagten und Erwartungen enttäuscht. Die Nationalsozialisten wurden zur stärksten Partei in Preußen, Württemberg, Anhalt und Hamburg, ohne jedoch in der Lage zu sein, allein eine Regierung zu bilden. In Bayern ist die Bayerische Volkspartei, das bayerische Zentrum, an erster Stelle geblieben, während die Nationalsozialisten an zweiter Stelle traten. Die immerhin Verluste erlitten die Sozialdemokraten. Die Zunahme der Kommunisten war nicht überraschend, blieb aber verhältnismäßig weit hinter dem Machtzuwachs der Nationalsozialisten zurück.

Die Wahlen zeigten eine deutliche Rechtsentwicklung der deutschen Volkstimmung. Ob und welche Auswirkungen sich aus diesen Landtagswahlen für die deutsche Reichspolitik ergeben, bleibt abzuwarten. Möglich ist, daß namentlich die neue Mandatshaltung der Nationalsozialisten in Preußen, dem größten deutschen „Bundesstaat“, die Reichsregierung veranlassen wird, mit Adolf Hitler wiederum, wie bereits vor Monaten einmal, in Verhandlungen zu treten, um die parlamentarische Basis des Reichskabinetts zu verbreitern und damit die Grundlage der deutschen Innen- und Außenpolitik zu härten. Die Möglichkeit dazu ist, soweit die Verteilung der Ministerposten in Frage kommt, vorhanden. Namentlich sind zwei Stellen des Reichskabinetts gegenwärtig unbesetzt, nämlich das Außenministerium, das von Reichsminister Dr. Heinrich Brüning, und das Innenministerium. Das vom Reichswehrminister General Wilhelm Groener mitverwaltet wird. Hier würde sich ein Verhältnis ergreifen, zumal es sich um die zwei wichtigsten Ämter der Reichsregierung handelt. Nach betrübender

Winnung der Reparationsfrage dürfte es auch für die Hitler-Anhänger bedeutend leichter sein, an der Verantwortung für die Reichspolitik aktiven Anteil zu nehmen.

In Preußen gefolgt sich das Wahlergebnis wie folgt:

Partei	Stimmen
Nationalsozialisten	8,008,000 (162 Sitze)
Sozialdemokraten	4,675,000 (91 Sitze)
Deutsche Zentrumspartei	3,374,000 (67 Sitze)
Kommunisten	2,820,000 (56 Sitze)
Deutschnationale	1,525,000 (30 Sitze)
Staatspartei (Demokraten)	332,000 (6 Sitze)
Deutsche Volkspartei	331,000 (6 Sitze)
Christlich-Soziale	255,000 (4 Sitze)
Wirtschaftspartei	191,000 (3 Sitze)
Landbund	177,000 (3 Sitze)
Kleinere Gruppen	414,000

Schwere Verluste erlitten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei (Streuemannpartei) und die Staatspartei (Demokraten), während die Zentrumspartei nur 4 Sitze verlor.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Großbritannien erhöht Zollmauern

Zolltarife vom 25. April an von 10 auf 20 Prozent gestiegen.

London. — Großbritannien, vormals der Hort des Freihandels, rüht seine Zollmauern zu doppelte Höhe auf, als das beratende Komitee für Beseitigung der Ankerpunkte mit der Befürwortung herauskam, daß bereits vom 25. April an 20 Prozent statt, wie bisher, 10 Prozent, Abgrenzung von fast allen Waren erhoben werden soll, die in britische Häfen anlangen werden.

Für die meisten Rohstoffe wird ein Zollsatz von 10 Prozent — im ganzen 20 Prozent — erhoben werden. Von einer beträchtlichen Anzahl anderer Waren, für die ein geringerer Zoll erhoben wird, wird ein 15 Prozent Zoll und von gewissen Luxuswaren oder Halbwaren 25 oder 30 Prozent.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Zolltarife sollen die 50prozentigen Zollsätze, die für die Zeitdauer der abnormen Importe verhängt wurden, widerrufen werden. In diese Kategorie des 20 Prozent Zolls fallen fast alle Glas- und Textilwaren, Maschinen, Werkzeuge und Maschinen mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Maschinen, elektrische Geräte, Spinnerei- und Webereimaschinen mit Ausnahme des Garn, Kleider, Schuhe, Sattlerwaren, Papier und Papierfabrikate, Gummi und Holzwaren, ein Teil der Nahrungsmittel anderer Art.

Eisen und Stahlfabrikate und halbfertige Fabrikate dieser Art sind für drei Monate zum Zwecke der Anpreisung mit einem Zoll von 33 ein Drittel Prozent belegt worden; später soll dafür ein dauernder Zoll eingeführt werden.

15 Prozent Zoll soll von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und von mancherlei Baumaterialien erhoben werden, wie Ziegeln,

Zellulose, Glasplatten und allem Bedienungsmaterial.

25 Prozent soll von Zement, Papier für photographische Aufnahmen, Lederwaren und Lederwaren, Sportgeräte, Spielzeuge, Jagdgewehre und Munition dafür erhoben werden.

Mit 30 Prozent Zoll belegt sind: Toilettenpräparate und Toilettengegenstände.

Deutschland wird Zahlungen ein- stellen.

Reichsfinanzminister kündigt Ende der Tributzahlungen an.

Berlin, 23. April. — Der deutsche Reichsfinanzminister Hermann Dietrich erklärte nach einer Meldung der Telegraphen-Union in einer republikanischen Presseversammlung in Aitona folgendes:

„Das Moratorium läuft am 1. Juli ab, aber Deutschland wird keine weiteren Tributzahlungen mehr leisten. Wenn ich als der verantwortliche Finanzminister des Reiches das erklären kann, ohne internationale Verwicklungen heraufzubeschwören, ist beweisend, daß der Staatsmannern der anderen Länder die wirkliche Lage schon ziemlich klar sein muß.“

Es wird als sehr bescheiden betrachtet, daß Dietrich ganz offen von einer Einstellung der Zahlungen spricht, während Minister Brüning im Januar noch auf das „Mistkäse“ Deutschlands hinwies.

Frankreichs Defizit 445, 807,160.

Paris. — Die Einnahmen der französischen Regierung für die am 31. März endigenden 12 Monate wurden mit 42,536,580,500 Franken (rund 81,658,926,640 amerikanischer Währung) oder um rund 1,123,260,500 Franken (rund 843,807,160 amerikanischer Währung) weniger als die Schätzungen der Haushaltsvoranschläge angegeben. Die Einnahmen waren 2,528,304,500 Franken (rund 898,603,876 amerikanischer Währung) weniger als die Einnahmen des Vorjahres.

Arbeitslosigkeit im Reich geht zurück.

Berlin. — Die Zahl der Erwerbslosen im Reich fielte sich am 15. April auf 5,934,000, ein Rückgang von 97,000 während der beiden vorausgangenen Wochen.